

# Laibacher Zeitung.

Nr. 68.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 23. März

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Inserentensteuergeld jebodm. 80 fr.

1872.

Des h. Feiertages wegen erscheint die nächste Nummer am Dienstag.

## Amtlicher Theil.

### Gesetz vom 13. März 1872,

womit die Pensionfähigkeit der Gefangenaufsicher, sowie deren Witwen und Waisen eingeführt wird.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes finde ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1. Die bei den Gerichtshöfen und Strafanstalten auf definitiven oder provisorischen Dienstposten mit ärarischen Jahresbezügen und eiblicher Verpflichtung bleibend angestellten Gefangenaufsicher, sowie deren Witwen und Waisen sind in Zukunft nach den für pensionfähige Staatsdiener und deren Angehörige bestehenden Vorschriften zu behandeln.

§ 2. Dieses Gesetz ist vom Tage seiner Kundmachung wirksam.

§ 3. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes werden die Minister der Justiz und der Finanzen beauftragt.

Ofen, am 13. März 1872.

Franz Joseph m. p.

Auersperg m. p. Glasen m. p. Pretis m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 26. Februar d. J. dem Baron Gustav Prandau v. Hillebrand und dem Grafen Paul Esterházy in Anerkennung ihrer während einer Reihe von Jahren erworbenen Verdienste um die öffentlichen Angelegenheiten die geheime Rathswürde mit Rücksicht der Taten allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben dem Hof- und Ministerialsecretär im Ministerium des kais. Hauses und des Äußern Alexander Okoliczky v. Okoliczky die k. k. Kämmererwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 1. März d. J. dem Telegraphenamtsleiter in Görz, Official Cajetan Fasano den Titel und Charakter eines Telegraphenamts-Verwalters allergnädigst zu verleihen geruht.

Banhaus m. p.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Julius Mannstein, R. Rigl u. Comp. und C. Durst die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma: „Allgemeine Möbel- und Bantischlerwaaren-Fabrikgesellschaft“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Handelsminister hat den Dr. Joseph Sade und den Dr. Benedict Zadro zu Ingenieuren zweiter Klasse bei der k. k. Seebehörde in Triest ernannt.

Am 20. März 1872 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthenische, slowenische, croatische und romanische Ausgabe des am 2. März 1872 vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe erschienenen VI. Stückes des Reichsgesetzblattes vom Jahre 1872 ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 16 das Gesetz vom 23. Juli 1871, womit eine neue Maß- und Gewichtsordnung festgestellt wird; Nr. 17 die Verordnung des Handelsministeriums vom 17. Februar 1872, womit in Durchführung des Art. X der Maß- und Gewichtsordnung vom 23. Juli 1871 die Normal-Michungscommission errichtet wird. (Br. Btg. Nr. 65 vom 20. März.)

Am 21. März 1872 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das IX. und X. Stück des Reichsgesetzblattes — vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe — ausgegeben und versendet.

Das IX. Stück enthält unter Nr. 20 den Erlass des Finanzministeriums vom 10. März 1872 wegen Vereinerung der Controlamtszeichen mit den Feinsgehaltspunzen.

Das X. Stück enthält unter Nr. 21 die Verordnung des Justizministeriums vom 28. Februar 1872, betreffend den Beginn der Amtswirksamkeit des Bezirksgerichtes Val di Pedro in Tirol;

Nr. 22 das Gesetz vom 13. März 1872, womit die Pensionfähigkeit der Gefangenaufsicher, sowie deren Witwen und Waisen eingeführt wird;

Nr. 23 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 15. März 1872, in Betreff der Erhebung des Hauptzolamtes zweiter Klasse in Preßburg zum Hauptzolamte erster Klasse. (Br. Btg. Nr. 66 vom 21. März.)

## Nichtamtlicher Theil.

### Journalstimmen über die Agitationen in Böhmen.

Die demonstrativen Vorgänge, deren Schauplatz vor einigen Tagen der Sitzungssaal der kaiserlichen königlichen patriotisch-ökonomischen Gesellschaft in Prag war, werden von allen Verfassungs- und Vaterlandsfreunden mit Indignation aufgenommen und als verwerflich erkannt werden. Derlei Excesse wurden im Schoße einer Gesellschaft in Scene gesetzt und abgepielt, die den Ehrentitel kaiserlich-königlich in ihrer Stampiglie führt, die sich patriotisch nennt. Finden wir in der Action des Präsidenten dieser Gesellschaft gegenüber der kaiserlich-königlichen Regierung und ihrem Repräsentanten Einen Tropfen patriotischen Blutes für Kaiser, König und Reich? — Wahrlich nicht!

Ein Fürst von Geblüt war es, der dem wohlmeinenden Rufe des Regierungsvertreters in schroffster, gemeinster Art beleidigend entgegentrat. Hätten Se. Durchlaucht diese Scene anstatt im Saale der ökonomischen Gesellschaft im Stalle eines seiner ökonomischen Güter in Scene gesetzt; hätten Se. Durchlaucht anstatt des kaiserlichen königlichen Commissärs einen seiner Subalternbeamten vor sich gehabt, so würden wir ein Betreffs der Wiener Weltausstellung gerichtetes Veto wohl als unpatriotisch, aber immerhin als berechtigt anerkennen müssen; aber der Scene, die sich im Saale der ökonomischen Gesellschaft in Prag abgespielt, können wir weder Berechtigung noch Beifall zuerkennen. Wir sind überzeugt, daß die Ehrenworte „kaiserlich königlich patriotisch“ demüthigt aus der Gesellschafts-Stampiglie ausgemerzt werden!

Die bedauerlichen Vorgänge, deren Schauplatz kürzlich der Sitzungssaal der k. k. patriotisch-ökonomischen Gesellschaft in Prag war, werden auch von der „Presse“ als ein nicht zu unterschätzendes Symptom der Pflichten- und Interessenverlehnung hingestellt, welche bei einem Theile der Bevölkerung des Königreiches Böhmen vorherrschend geworden zu sein scheint. „Unter dem Vorwande, die Agricultur-Interessen des Landes zu pflegen und zu heben“ — schreibt die „Presse“ — „werde in der obigen Gesellschaft seit Jahren ein wüthendes Unwesen getrieben. Die Dotation, welche der Staat alljährlich gewähre, werde zur Befoldung von Beamten, die als eifrige Agitationswerkzeuge dienen, und zur sonstigen Beförderung nationaler Wühlereien verwendet. Der deutsche Landwirth stehe in Folge hiervon seit Jahren der Gesellschaft fern; wie los aber auch nur der czechische mit ihr zusammenhänge, und wie bedeutungslos sie für die landwirthschaftlichen Interessen überhaupt sei, beweiße am besten die Ziffer, daß von 214 landwirthschaftlichen Vereinen Böhmens nur 67, die nationalsten der nationalen, von ihr etwas wissen wollen. Die Gründung eines großen deutschen landwirthschaftlichen Vereines, der sich etwas weniger um Politik und etwas mehr um die wirklichen Interessen der Landwirthschaft kümmern sollte, sei schon im Vorjahre im Zuge gewesen. Dafür lassen sich die Tonangeber in der obigen Gesellschaft keine Gelegenheit entgehen, hohe Staatsrechtspolitik zu treiben, und namentlich seit die Weltausstellung in Vorbereitung, benützen sie jeden Anlaß zu Ausbrüchen ihres geradezu maßlosen Hasses gegen das verfassungstreue Ministerium. Angesichts solcher Vorgänge müsse an die Regierung der Erwägung der Auflösung einer Gesellschaft treten, die ihren eigentlichen Zweck vernachlässige, und in welcher man unter dem Beifolgsjabel der Mitglieder die bestehende Regierung in der Person ihres Vertreters verhöhne.“

Die „Tagespresse“ sagt über die obigen Vorgänge, daß der bisherige ziemlich günstige Verlauf, den die Ausgleichsverhandlungen mit Galizien nahmen, das erweiterte Nothwahlgesetz und nun gar die Auflösung des böhmischen Landtages den czechischen Politikern zu viel geworden zu sein scheint. Je mehr die Ansichten auf das staatliche Chaos schwanden, desto erregter seien die Herren in Prag, desto erbitterter ihr Kampf, desto energischer ihre haderfüllte Agitation geworden, und es habe nur eines Anlasses bedurft, um einen so vehementen Leidenschaftsausbruch herbeizuführen, wie dies vor wenigen Tagen in der patriotisch-ökonomischen Gesellschaft in Prag geschehen sei. Der Vertreter der kais. Regierung sei insultirt und hinausgeschrien und dem Reiche offen der Fehdehandschuh hingeworfen worden. Aus

diesen höchst bebauerlichen Vorgängen werde man die gute Lehre ziehen, daß alle Nachsicht nur als Schwäche gedeutet wird und nur zu übermüthigerem Troze ermuntert; die Zeit der Nachsicht sei abgelaufen und von nun an würden die Frondeurs in Böhmen den Staat als unerbittlichen Richter finden. Der Kampf sei nicht provocirt, sondern den Anhängern der bestehenden Verfassung geradezu aufgedrungen worden.

Das „Neue Fremdenblatt“ äußert sich über die in einem Theile der Bevölkerung des Königreiches Böhmen herrschende Verwirrung der Begriffe von Loyalität und Moral, wie folgt: „Ein Actendiebstahl verdrängt den andern, eine Veruntreuung reicht der andern die Hand und nirgends wird eine Stimme laut zu Gunsten der mißhandelten Moral, nirgends wird ein Warnruf vernehmbar, der dies destructive, den Organismus des Staates und jeder menschlichen Gesellschaft in den Grundbedingungen angreifende Treiben zu brandmarken sich entschloße. Freudeleuchtend, ohne ein Wort des Tadel, ohne das leiseste Anzeichen von Beschämung publiciren die czechischen Journale die gestohlenen Acten. Und thun sie endlich den Mund auf, so geschieht es zu Rechtfertigungen und Beschönigungen, ja zu förmlichen Befürwortungen jener Immoralitäten. . . . Was aber als die traurigste Erscheinung betrachtet werden muß, ist der Umstand, daß selbst solche Kreise als Förderer der sittlichen Fäulniß erscheinen, die nach Natur und Tradition die Bestimmung haben sollten, ihr mit dem Aufgebote aller Kräfte entgegenzuwirken. Was speciell die patriotisch-ökonomische Gesellschaft anbetrifft, so werden die Summen, welche die Subvention jener Gesellschaft bilden und die dazu verwendet werden, um politische Saat in Halm und Blüthe schießen zu machen, jedenfalls viel fruchtbringender direct zur Hebung der Landwirthschaft verwendet.“

Ueber die Tendenz und den Charakter der in Böhmen zu Tage tretenden Gegensätze schreibt das „Fremdenblatt“: „Die Oppositionspartei greift zu geradezu illophalen, geschwätzigen Mitteln, während die Loyalität und Gesinnungstreue der Anhänger der Verfassung im glänzenden Lichte erscheint. Dieser Gegensatz kennzeichnet auch die Bestrebungen der einen und der anderen Partei. Die Verfassungstreuen stellen das Staatsinteresse über das Parteinteresse, sie schonen die Rechte Anderer und scheuen kein Opfer, wenn es gilt, den inneren Frieden zu fördern. Selbst wenn sie durch ein ihnen feindliches System unterdrückt werden, vergessen sie nicht, was sie dem Reiche schuldig sind. . . . Ihre Bestrebungen haben das Ziel, Oesterreich als ein mächtiges, einheitlich organisirtes Gemeinwesen zu erhalten; in dem Ausbau der Verfassung erblicken sie das hierfür tauglichste Mittel. Die Verfassungsgegner dagegen wollen zerstören und haben nur ganz unklare Vorstellungen über den künftigen staatlichen Organismus, der nach der Beseitigung der Verfassung ins Leben gerufen werden soll. . . . Obwohl sie vorgeben, an historische Rechtszustände anzuknüpfen, beginnen sie doch damit, den bestehenden Organismus zu zerstören. Zu keinem Opfer bereit, haben sie nur ihr eigenes Parteinteresse vor Augen, ohne die geringste Rücksicht auf die Bedürfnisse der Gesamtheit zu nehmen. Da ihnen das Reich nichts gilt, so schrecken sie auch vor keinem Mittel zurück und heißen jeden willkommen, der gleich ihnen von glühendem Hass gegen die herrschenden staatlichen Zustände erfüllt ist. Der Kampf dieser Gegensätze, die das ganze Staatswesen durchdringen, wird nun in dem engen Rahmen des Königreiches Böhmen, wo sie am schärfsten hervortreten, ausgeträumt werden. . . . Wenn die Mehrheit des Grundbesitzes sich indeß für die Verfassung entscheidet, so ist der verfassungstreue Charakter des böhmischen Landtages gesichert und damit nicht nur in Böhmen der gesetzmäßige Zustand hergestellt, sondern auch eine neue Garantie für die Verwirklichung jener Reformen geboten, welche die Bestimmung haben, das geltende Staatsrecht auf dauernder Grundlage sicherzustellen.“

Ähnlich äußert sich auch die „Morgenpost“ über die politischen Gegensätze im Königreiche Böhmen. Das Ministerium Auersperg habe den Kampf nicht gesucht. Da ihn aber die secessionistischen Parteien aufs Aengstlichste treiben wollen, so müsse er auch mit aller Energie angefochten werden. An Unterstützung fehle es dem Ministerium Auersperg nicht. Der Reichsrath folge ihm unbedingt; innerhalb der deutschen Partei herrsche aber eine kräftige österreichische Gesinnung, und es erscheine wahrscheinlicher als je, daß der Sieg auf Seite der Einheit bleiben werde. Gerade die leidenschaftliche Wildheit der staatsrechtlichen Opposition diesseits und jenseits



der Leitha zwingt die Regierungsparteien, sich fester an einander zu schließen und energisch für den Bestand Oesterreichs einzutreten.

## 9. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 20. März.

Präsident Se. Durchlaucht Fürst Carlos Auer-  
perg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 45 Min.

Auf der Ministerbank befinden sich: Se. Durch-  
laucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auer-  
perg, Ihre Exc. die Herren Minister Dr. v. Stre-  
mayer, Dr. Glaser, Dr. Unger, Ritter von  
Schlumecky.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen  
und genehmigt.

Der Präsident theilt mit, daß sich die beschlossene  
Eisenbahncommission constituirt hat.

Vom Justizministerium wird in einer Zuschrift  
bekannt gegeben, daß der Gesetzentwurf betreffend die  
Pensionsfähigkeit der Gefangenaufsicher die Allerhöchste  
Sanction erhalten hat.

Von Sr. Exc. dem Herrn Minister Dr. Glaser  
wurde ferner ein Gesetzentwurf betreffend die Vollstrec-  
kung von Expropriationserkenntnissen in Eisenbahn-  
angelegenheiten dem Präsidium zugestellt; dieser Entwurf  
wurde der juridischen Commission zugewiesen, so auch  
der Gesetzentwurf über die Errichtung von Gewerbe-  
gerichten. Die eingelaufenen Petitionen um Errichtung  
von Bahnstationen, Aufhebung des Legalisirungszwanges,  
Einführung directer Wahlen u. a. wurden den betreffen-  
den Ausschüssen zugewiesen.

Die Tagesordnung eröffnet die erste Lesung des  
Gesetzes betreffend die Gehalte der Professoren an dem  
vom Staate erhaltenen Hebammenschulen. Dasselbe wird  
der Unterrichtscommission, das Gesetz betreffend die  
Handhabung der Disciplinargewalt über Advocaten und  
Advocatescandidaten der juridischen Commission zuge-  
wiesen.

Nächster Gegenstand: zweite Lesung des Gesetzes  
betreffend die Vollstreckung von Expropriations-Erkennt-  
nissen in Eisenbahnangelegenheiten. Das Gesetz wird  
ohne weiteres in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Darauf folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes  
betreffend die amtliche Stellung des zum Schutze einzel-  
ner Zweige der Vandeskultur aufgestellten Wachper-  
sonales. Der Entwurf passiert ohne Debatte die zweite  
und dritte Lesung.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der  
Bericht über den Handels- und Schiffahrtsvertrag mit  
Portugal; diesem Vertrage wird die Zustimmung er-  
theilt.

Hierauf gelangt das Gesetz betreffend die Organi-  
sation der technischen Hochschulen in Wien zur Ver-  
handlung; dasselbe wird mit einem vom Baron Hy-  
gestellten Amendement in dritter Lesung angenommen.

Das Gesetz betreffend die Anrechnung der an einer  
österreichischen Hochschule zugebrachten Dienstzeit beim  
Uebertreten an eine Universität wird in zweiter und so-  
fort auch in dritter Lesung angenommen.

Hierauf erstattet Freih. v. Wüllerstorff Na-  
mens der Eisenbahncommission Bericht über das Gesetz  
betreffend die Herstellung einer aus Ober-Oesterreich  
nach Salzburg und Nordtirol führenden Locomotiveisen-  
bahn. Sammtliche Artikel werden nach den Anträgen  
der Commission in zweiter und sofort auch in dritter  
Lesung vom Hause zum Beschlusse erhoben.

Schließlich berichtet Ritter v. Winterstein über  
den Central-Rechnungsabschluss pro 1872.

Das Haus genehmigt den Antrag der Budgetcom-  
mission und ertheilt der Regierung das Absolutorium.  
Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

## 28. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 20. März.

Präsident R. v. Hopfen eröffnet die Sitzung um  
11 Uhr 20 Minuten.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren  
Minister Freiherr v. Lasser, Dr. Vanhans, Freih.  
de Pretis, Dr. Glaser, Ritter v. Schlumecky,  
der Leiter des Landesvertheidigungs-Ministeriums Oberst  
Horst.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und  
genehmigt.

Die eingelaufenen Petitionen gelangen an die be-  
treffenden Ausschüsse.

Das Gesetz wegen Entlastung einiger zur Veräu-  
ßerung bestimmten Objecte des unbeweglichen Staats-  
eigenthumes durch Uebertragung der darauf haftenden  
Pfandrechte auf andere Objecte wird in zweiter und  
dritter Lesung in der Ausschlußfassung angenommen.

Die Postübereinkunft zwischen der k. und k. Regie-  
rung und Sr. Hoheit dem Fürsten Montenegro gelangt  
in erster Lesung an den Finanzausschuß.

Abg. Zeffernig und Genossen interpelliren  
Se. Exc. den Herrn Handelsminister wegen Beschleunig-  
ung des Ausbaues der Eisenbahnstrecke Villach-Tarvis.

Das Gesetz betreffend die Ermächtigung der k. k.  
Regierung zum Abschlusse eines Vertrages mit der  
Dampfschiffahrts-Gesellschaft des österreichisch-ungarischen  
Kloß wegen Herstellung einer directen und regelmä-  
ßigen Postdampfer Linie zwischen Triest und Bombay,

wird in zweiter und dritter Lesung ohne Debatte ange-  
nommen.

Der Ausschluß beantragt, es möge der Landes-  
hauptstadt Salzburg die Contrahirung eines Lotterian-  
lehens im Nominalbetrage von 1.726.300 fl. in der  
Art gestattet werden, daß Theilschuldverschreibungen auf  
Ueberbringer, jedoch nicht unter 20 fl. ausgegeben und  
bei der Rückzahlung mit Prämienverlosungen verbunden  
werden dürfen.

Das Haus erhebt diesen Antrag in zweiter und  
dritter Lesung zum Beschlusse.

Nächster Gegenstand ist die zweite Lesung des Ge-  
setzes betreffend die weitere Prägung von Silberscheide-  
münzen im Betrage von 715.121 fl. 10 kr. Ueber An-  
trag des Berichterstatters v. Berger wird auch dieses  
Gesetz ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung be-  
schlossen.

Das Gesetz, betreffend die Vergütung der Reise-  
und Zehrungskosten der Mitglieder der Landes- und  
Bezirkschulräthe wird in zweiter und dritter Lesung  
angenommen.

Die eingelaufenen Petitionen und Gehaltserhöhun-  
gen, Subventionirung von Schulen, Vorschußnachlaß,  
Straßenumlegung, Gebührennachlaß bei Anstellung von  
Lehrern, Regelung des Verzehrungssteuer für Wein,  
Aufhebung des Salzmonopols, werden theilweise der h.  
Regierung zur Rücksichtnahme, theilweise den betreffen-  
den Ausschüssen zugewiesen. Ueber die Petition der Re-  
gierungsräthe der Landesregierungen in Czernowitz,  
Klagenfurt, Laibach, Salzburg und Troppau um Gleich-  
stellung im Range und Gehalte mit den Statthaltereirä-  
then, so wie über die Petition der Beamten der po-  
litischen Verwaltung in Dalmatien um Aufbesserung  
ihrer materiellen Lage wird zur Tagesordnung überge-  
gangen.

Zum Schlusse wird eine Zuschrift des Präsidenten  
des Herrenhauses mitgetheilt, daß dasselbe das als Re-  
gierungsvorlage eingebrachte Gesetz, betreffend die Voll-  
streckung von Expropriationserkenntnissen in Eisenbahn-  
angelegenheiten, wirksam für alle im Reichsrathe vertre-  
tenen Königreiche und Länder mit Ausnahme von Tirol  
und Vorarlberg, auf Grundlage des angeschlossenen  
Commissionsberichtes mit den ersichtlichen Aenderungen  
in dritter Lesung angenommen habe, und wird dasselbe  
dem Ausschusse zur Vorberathung über die Tarnow-  
Reluchower Bahn zur schleunigen Berichterstattung und  
mit Umgangnahme der Drucklegung des Ausschlußberich-  
tes zugewiesen.

In einer zweiten Zuschrift theilt der Präsident  
des Herrenhauses mit, daß dasselbe dem Gesetzentwurfe,  
betreffend die Organisation der technischen Hochschule  
(polytechnisches Institut) in Wien mit den aus der  
Anlage ersichtlichen Aenderungen in dritter Lesung bei-  
getreten sei, und wird dasselbe dem betreffenden Aus-  
schusse im Abgeordnetenhause zugewiesen.

## Parlamentarisches.

Wien, 20. März.

In der Regierungsvorlage wegen Abschluß einer  
Postübereinkunft mit dem Fürsten von Montenegro  
lautet es unter anderem: „Daß die Errichtung  
einer Postanstalt in Montenegro nach dem Muster der  
in Oesterreich-Ungarn bestehenden Postanstalten über  
speciellen Wunsch des Fürsten Nikolaus erfolgen soll.  
Die Postübereinkunft selbst ist, was den internationalen  
Verkehr zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie  
und Montenegro betrifft, in jeder Hinsicht der Post-  
übereinkunft mit Serbien nachgebildet, welche von dem  
hohen Abgeordnetenhause in der am 28. April 1869 ab-  
gehaltenen Sitzung genehmigt worden ist.“

Der Genossenschafts-Ausschuß hielt am  
20. d. M. eine Sitzung.

Zu § 76, beantragt Abg. Dr. Brestel, dem-  
selben folgende Fassung zu geben: „Ein Mitglied einer  
mit beschränkter Haftung errichteten Genossenschaft haftet  
für deren Verbindlichkeiten selbst im Falle der Liquidation  
oder des Concurses nebst dem Betrage seines Ge-  
schäftsanteiles oder seiner Geschäftsanteile nur bis  
zu jenem Betrage, der im Genossenschafts-Vertrage als  
Maximum der Haftung festgesetzt ist.“

Ferner wird auf Antrag des Dr. Menger be-  
schlossen, vor § 76 einen Paragraph einzuschalten, welcher  
bestimmt, daß eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung  
Verpflichtungen gegen Dritte nur dann eingehen darf,  
wenn 40 Percent des Betrages sämtlicher Geschäfts-  
anteile eingezahlt sind. Die Stylistik wird einem  
späteren Beschlusse vorbehalten.

Zu § 83 beantragt der Regierungsvorsteher, derselbe  
solle folgendermaßen lauten: „Die Genossenschafts-An-  
theile und sonstigen auf Grund der Genossenschaftsrechnung  
zugewiesenen Guthaben der Genossenschafter können  
mit Bewilligung des Vorstandes an andere übertragen  
werden, wenn nicht der Genossenschafts-Vertrag ein  
anderes bestimmt.“ Dieser Antrag wird angenommen.

Nachdem die Berathung und Beschlußfassung bis  
zu § 90 des Gesetzes fortgeschritten, wird die Sitzung  
geschlossen.

Der Ausschuß für das Pferde-Con-  
scriptions-Gesetz hielt am 20. d. eine Sitzung.

Der Leiter des Landesvertheidigungs-Ministeriums,  
Oberst Horst, macht den Standpunkt der Regierung  
dahin klar, daß es eine Grundbedingung für die Wehr-  
fähigkeit des Staates sei, so rasch als möglich die  
Armee auf den Kriegstand bringen zu können; erklärt  
ferner, daß die Truppen möglichst aus der Nähe ihrer  
Garnison mit Pferden versorgt werden sollen, daß ein  
anderer Modus zur Deckung des Bedarfes nicht einge-  
schlagen werde, und daß der Haupt-Repartition die fakti-  
sche Pferdezahl, der Sub-Repartition die Leistungsfähigkeit,  
nämlich die Zahl und die Tauglichkeit der Race für mili-  
tärische Zwecke, werde zu Grunde gelegt werden.

Ministerialrath v. Rohrau gibt diese Ziffer des  
Erfordernisses mit 2.158.820 für Ungarn und 1.367.123  
Stück in der diesseitigen Reichshälfte an, und fügt der  
Leiter des Landesvertheidigungs-Ministeriums noch hinzu,  
daß die Zahl der nach einer approximativen Berechnung  
in der diesseitigen Reichshälfte vorhandenen und für  
militärische Zwecke tauglichen Reit- und Zugpferde leichten  
und schweren Schlages mit 203.381 anzunehmen sei.

Der Ausschuß zur Vorberathung der Regierungs-  
vorlage betreffend den Gesetzentwurf über die Sicher-  
stellung und Execution auf die Bezüge  
aus dem Arbeits- oder Dienstverhältnisse  
hielt am 19. d. Mts. Abends noch eine Sitzung, um  
die von dem Abg. Dr. Knoll gestellten Anträge zu be-  
rathen.

Se. Exc. der Herr Justizminister Dr. Glaser:  
Dem Entwurfe der Regierung liegt das wirtschaftliche,  
dem Antrage des Abg. Dr. Knoll das Misericordial-  
Princip zu Grunde. Das Princip der Regierung spreche  
sich in dem Sage aus, daß die nackte Arbeit an sich  
kein Gegenstand der Execution sei.

Einen Werth aber erhalte die Arbeit erst, wenn der  
Arbeiter in einem dauernden Verhältnisse steht, wenn er  
ein Recht erlangt, während einer bestimmten Zeit etwas  
zu verdienen; nur wenn ihm dieser Schutz gewährt sei,  
bilde die so geschützte Arbeit eine Art Vermögen, und  
nur dann könne man sagen, daß der Mensch nicht mehr  
von der nackten Arbeit, gleichsam von der Hand in den  
Mund lebe. Wollte man nicht die Arbeit zum Objecte  
der Execution machen, so wüßte man dem Arbeiter  
Schutz gewähren, durch Stetigkeit seiner Arbeit sich erst  
ein Vermögen zu erwerben, das dann erst Gegenstand  
der Execution sein könne; diesen Standpunkt gebe aber  
der Antrag des Abg. Dr. Knoll auf. Etwas anderes  
sei die Freilassung eines Existenz-Minimums bei dauern-  
dem Dienstverhältnisse, denn die Dauer des Dienstver-  
hältnisses sei für den Arbeiter so werthvoll, daß er trotz  
des Abzuges in dem Dienstverhältnisse beharren werde.  
Mit Betretung des Misericordial- Standpunctes müsse  
man nach einem Existenz-Minimum suchen, und das  
ziehe die größten Schwierigkeiten nach sich.

Besonders leide die gleiche Durchführung des Prin-  
cipes in allen jenen Fällen, wo die Arbeiter nicht das  
ganze Jahr hindurch gleich beschäftigt sind, wo nicht die  
Entlohnung bloß in Geldbezügen besteht. Man könne  
übrigens auch den Fabricanten und Arbeitgeber gar nicht  
zwingen, in bestimmten Zeitabschnitten abzurechnen; er  
könne doch nicht dem Gläubiger, zu dem er in gar  
keinem Rechtsverhältnisse stehe, diesfalls in irgend einer  
Beziehung verpflichtet werden.

Halte man aber den Arbeitgebern das Ganze zurück,  
so verschiebe man die Beweislast und nöthige den Ar-  
beiter zur Proceßführung über die Frage, wie viel ihm  
von seinem Lohne frei bleiben müsse. Dazu habe der  
Arbeiter keine ausreichenden materiellen Mittel, während  
ihm das Armenrecht doch nicht ertheilt werden könne,  
da er sich doch mehr als den üblichen Tagelohn verdiene.  
Es sei also die unausbleibliche Folge, daß die Stetigkeit  
der Arbeit unterbrochen werde. Wenn Abg. Dr. Knoll  
besorge, daß auch sehr bedeutende Arbeitsverdienste nicht  
mit Execution belegt werden können, so sei zu bemerken,  
daß man denn doch bei bedeutenderen Arbeitsverdiensten  
auch mehr Vermögensobjecte anschaffe, einen gewissen  
Luxus treibe und so Executions-Objecte schaffe. Uebri-  
gens seien ja derlei Fälle höchst exceptionell, da es ja  
die Stellung gut besoldeter Arbeiter mit sich bringe, sich  
nicht der Gefahr auszusetzen, durch öftere Executions-  
führungen ihr Vermögen und ihre Stellung zu verlieren,  
und das Gesetz werde ja doch zum weitaus größten  
Theile nur auf geringer Entlohnung Anwendung zu finden  
haben.

Von größter Wichtigkeit sei gerade in diesem Ge-  
genstande der Gesetzgebung die Conformität mit der Ge-  
setzgebung des deutschen Reiches, denn es handle sich um  
eine große wirtschaftliche Frage, die naturgemäß über  
die Grenze spiele. Wenn man daher auch die Abgren-  
zungen willkürlich annehmen müßte, sei es doch sehr ge-  
rathen, die Grenzen möglichst gleich mit dem Nachbar  
zu ziehen, um den Rechtsfian nicht zu sehr zu verwirren.  
Von größter politischer Bedeutung aber sei es, zu zeigen,  
daß die Regierung bei gesetzlicher Regelung eines die  
sociale Frage so intensiv berührenden Gegenstandes sich  
ja nicht drängen lasse von unten her. Die Forderungen  
diesfalls seien unausbleiblich, und es müßte ihnen gerade  
daraus die Legitimation zufließen.

Schließlich wird Abgeordneter Dr. Hallwisch mit  
der Abfassung eines schriftlichen Berichtes über den



Antrag des Abg. Dr. Knoll beauftragt und die Sitzung hierauf geschlossen.

In der vorletzten Sitzung des Legalisirungs-Ausschusses wurde von Seite der Minorität durch Abg. Dr. Kaiser beantragt: „es sei der Bericht heute noch nicht für abgeschlossen zu halten, und seien die Verhandlungen des Ausschusses mit Rücksicht auf die bevorstehende Vertagung des Reichsrathes abzubrechen, jedoch bei dem neuerlichen Zusammentritte desselben sofort wieder aufzunehmen.“

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Abg. Dr. Kaiser angenommen.

## Politische Uebersicht.

Laibach, 22. März.

Ein Wiener Brief des „Tagesboten“ meldet, für den Fall eines neuerlichen Erfolges der Feudalen werde der renitente böhmische Landtag baldigst vertagt werden; die Geschäfte des Landesauschusses dürfte ein kaiserlicher Commissär übernehmen. Den Großgrundbesitzern, welche gegen die Regierung stimmen, stellt der Brief Beweise der Ungnade des Monarchen in Aussicht, es sei sogar vielleicht die Einziehung einer Anzahl von Hofämtern zu gewärtigen.

Die von sämtlichen Parteien des ungarischen Abgeordnetenhauses entsandte Achtzehner-Commission hat am 21. d. M. Vormittags eine Sitzung gehalten; beide Parteien formulirten ihre Vorschläge, welche gegenseitig ad referendum genommen wurden. Die Hauptschwierigkeit scheint das Gesetz über die Verlängerung der Sessionsdauer von drei auf fünf Jahre zu bilden. Mittags hatten die neun Emittirten der Deakpartei eine längere Besprechung mit sämtlichen Ministern. Abends 8 Uhr fand eine Conferenz der Linken statt. — Neue Mitglieder der croatischen Opposition, welche an der Conferenz in Ofen theilgenommen, lassen nach dem „P. M.“ erklären, daß sie vom Grafen Konhaj keine Aemter verlangt, sondern die ihnen angebotenen zurückgewiesen haben. „P. M.“ versichert, daß die Croaten gar nicht in die Lage gekommen sind, Aemter zurückweisen zu können, aus dem einfachen Grunde, weil ihnen gar keine Aemter angetragen wurden.

Die Einberufung des deutschen Reichstages ist für den 8. April bestimmt; die Publication durch den „Reichsanzeiger“ ist jeden Tag zu erwarten. Der Landtag wird inzwischen vertagt; das Herrenhaus soll Zeit gewinnen, durch seine Commission die Kreisordnung vorbereiten zu lassen.

In der bayerischen Abgeordnetenkammer legte der Minister-Präsident Gesegentwürfe wegen Bewilligung von acht Millionen Gulden zur Ergänzung und Vermehrung des Staatsbahn-Materials, ferner von 14.078.800 Gulden zur Vervollständigung des Bahnnetzes, resp. als Nachschub für bereits bewilligte Bahnen, dann von fünf Millionen als Zinsgarantie für den Ausbau des pfälzischen Bahnnetzes vor. — Der Finanzminister legt einen Gesegentwurf wegen Verwendung der bis jetzt eingegangenen Kriegsgeldschädigung Baierns, und zwar vorzugsweise für die Deckung der Kriegskosten, später zu einer eventuellen Zurückzahlung der älteren Militärschuld, vor. — Die Abgeordnetenkammer hat das Budget des Justizministeriums zu Ende gebracht und steht in der Berathung für den Etat des Innern. Ist auch diese vollendet, so wird vermuthlich der Bedarf für den Cultus an die Reihe kommen. Die Arrondirung der Bischofsstühle und Regulirung der Bischofsdotationen soll bei dieser Gelegenheit an die Tagesordnung kommen. — Durch königliche Entschliessung vom 20. März ist der bayerische Landtag bis zum 13. April verlängert worden.

Das „Journal des Debats“ klagt über den in bedrohlichster Weise zunehmenden Verfall des höhern Unterrichts in Frankreich, und theilt eine Schilderung der traurigen materiellen Lage mit, in der sich die wissenschaftlichen Anstalten selbst der Hauptstadt durchschnittlich befinden. — Der Jahrestag der Proclamation der Pariser Commune ist in London von einer Schaar Communisten aus Paris und Versailles in Gesellschaft von Mitgliedern der Internationalen feierlich begangen worden und hat ein klägliches Fiasco gemacht. — Die National-Versammlung lehnte den Antrag auf Herabminderung der Theater-Subventionen mit 444 gegen 224 Stimmen ab. — In den parlamentarischen Kreisen herrscht bezüglich des Postvertrages mit Deutschland eine bessere Stimmung, die Annahme dieses Vertrages wird als unzweifelhaft betrachtet. — Die „Times“ läßt sich aus Brüssel melden, daß die diplomatischen Vertreter derjenigen fremden Mächte, welche mit Frankreich einen Handelsvertrag abgeschlossen haben, bei dem Cabinet von Versailles bereits einen förmlichen Protest gegen die von demselben beabsichtigte Besteuerung der Rohstoffe erhoben hätten.

Der König von Italien wird die Charwoche und die Oertage nicht in Rom zubringen, sondern nach Florenz gehen und sich dann nach S. Rossore oder Pietrasa auf ein Jagdschloß zurückziehen. — Der Papst empfing am 20. d. in besonderer Audienz den

König, die Königin und den Prinzen von Dänemark, mit ihrem Gefolge. Die dänischen Majestäten statten hierauf dem Cardinal Antonelli einen Besuch ab. — Ein königliches Decret verordnet, daß die dem päpstlichen Stuhle bewilligte dauernde Rente von 3.225.000 Francs in das große Buch der öffentlichen Schuld eingetragen werde. Der Zinsgenuß beginnt vom 1. Februar 1871 ab, und ist von jeder Steuerabgabe befreit.

Nachrichten aus Spanien constatiren, daß die Coalition an Boden verliert. Aus den baskischen Provinzen signalisirt man Umtriebe der Carliten, welche sich in Voraussicht einer vor den Wahlen erwarteten Erhebung Waffen zu verschaffen suchen; es ist indeß in Folge der Spaltungen unter den Carliten, von welchen sich viele weigern, die Autorität Nocedals anzuerkennen, geringe Wahrscheinlichkeit, daß eine Erhebung stattfindet. Die Wähler bestehen darauf, Espartero eine Candidatur anzubieten.

Auch in Schweden wird zur Reform des Schulaufsichtsgesetzes geschritten. Wie der „N. Btg.“ geschrieben wird, hat bei dem diesjährigen Reichstage am 26. Januar ein Mitglied der zweiten Kammer, ein Bauer aus dem Van Christianstad, Per Nilsson, beantragt, daß zu Volksschul-Inspectoren der Vorschlag nicht mehr, wie bisher, von den Bischöfen und Consistorien ausgehen soll, sondern von den Landstingen oder von den, durch Bewohner der ländlichen Districte jedes Länds erwählten Bevollmächtigten, welche für diese Districte die communalen Angelegenheiten zu verwalten haben.

In der Alabamafrage ist zwischen England und America ein Ausgleich dem Abschlusse nahe. Laut demselben würden directe und indirecte Ansprüche America's auf ein Minimum fixirt und von England bezahlt werden.

## Tagesneuigkeiten.

— Das „Memorial diplomatique“ vom 16. März zeigt an, daß die Königin Isabella in der Charwoche Paris verlassen werde, um sich nach Wien zu begeben, wo sie beiläufig vierzehn Tage verweilen wolle. — Der „A. A. Btg.“ wird „aus Oesterreich“ unterm 17. d. Mts. berichtet: Prinz Friedrich Karl von Preußen werde seinen Rückweg aus Italien über Wien nehmen.

— (K. k. Hof-Mineralien-Cabinet.) Die paläontologische Sammlung des k. k. Hof-Mineralien-Cabinet hat in letzter Zeit durch die Erwerbung einer ausgedehnten Sammlung von Tertiär-Fossilien eine sehr wesentliche Bereicherung erfahren. Diese Sammlung, durchweg aus ausgesuchten Stücken bestehend, umfaßt, mit Ausschluß der kleinen submikroskopischen Objecte, weit über 10.000 Nummern in circa 40.000 Exemplaren, darunter viele Prachtstücke, Unica und Original-Exemplare aus den Tertiär-Ablagerungen Italiens, Frankreichs, Englands und Norddeutschlands. Die überaus werthvolle Sammlung, bisher in den Händen eines Privaten, wurde von Herrn J. Gertinger erworben und in patriotischer Opferwilligkeit dem k. k. Hof-Mineralien-Cabinet als Geschenk übergeben.

— (Fürst und Fürstin Metternich) werden in den nächsten Tagen Mentone verlassen, einen kurzen Ausflug nach Ober-Italien und insbesondere nach dem Comersee unternehmen und dann Mitte April nach Paris zurückkehren wo sie in dem von ihnen gemieteten Hotel in der Rue de Varennes ihren ständigen Wohnsitz zu nehmen gedenken.

— (Conversion der Staatsschuld.) Bisher sind im Ganzen 1976,718.690 Gulden älterer Obligationen in Renten umgetauscht (und zwar 1013 Millionen 230.560 in Papier- und 964,488.130 in Silberrente.) Ausstehend sind noch 55,887.285 Gulden, darunter ein Drittel in Silber zinsend, somit etwas über 2 1/2 Percent der gesammten zu convertirenden Schuld.

— (Herr Staatsanwalt Mitterbacher), welchem als Chef der Grazer Staatsanwaltschaft die unmittelbare Aufsicht über die Männer-Strafanstalt in der Karlaun und die weibliche Strafanstalt in Lankowitz zusteht, unternimmt Ende dieses Monats im Auftrage der Regierung eine Reise nach Deutschland, um die daselbst bestehenden Strafanstalten, insbesondere das Einzelgefängniß in Bruchsal, zu besichtigen.

— (Späte Neue.) Das „Budweiser Kreisblatt“ meldet: „Dieser Tage wurde eine Tagelöhnerin aus Bergstadl dem Budweiser Kreisgerichte überliefert, die vor 40 Jahren einen Doppelmord an ihren eigenen zwei Kindern begangen hatte, ohne daß sie damals als Thäterin entdeckt worden wäre. Von Gewissensbissen gepeinigt, gestand das Weib erst dieser Tage die Verübung dieser That ein und wurde in Folge dessen dem Strafgerichte überliefert.“

— (Abgeschaffte Ausländer.) Im Monat Februar dieses Jahres wurden 13 Ausländer aus den österreichischen Staaten und Ländern abgeschafft. Davon repatriiren sich auf Ungarn 1, auf Baiern 2, auf Hessen 1, auf Italien 1, auf Preußen 4, auf Sachsen 1 und auf Württemberg 3 Individuen. Die meisten wurden wegen einer gemeinen Handlung landesverwiesen.

— (Ein Mann der galant sein kann.) Zu Rochester in Nordamerika heiratete kürzlich ein Mann von gewöhnlicher Größe, Namens Charles Johnson, ein junges Mädchen, Clara Rosenberg, die nur 26 Zoll hoch ist. Der Mann doch seine Frau wirklich „auf den Händen tragen.“

## Locales.

— (Der constitutionelle Verein in Laibach) hat am 18. d. seine 38. Versammlung abgehalten. Herr Dr. Schaffer spricht über die bevorstehenden Gemeinderathswahlen in Laibach, fordert zur Energie und Parteidisziplin auf, stellt den Sieg der verfassungstreuen Partei in sichere Aussicht, beleuchtet die wichtige Stellung der Gemeindevertretung und stellt schließlich den Antrag: „Der Vereinsauschuß wird ermächtigt, sich unter Zuziehung der erforderlichen Anzahl von Vereinsmitgliedern an Centralwahlcomité für die bevorstehenden Gemeinderathswahlen zu constituiren; dieses hat behufs Aufstellung geeigneter Candidaten rechtzeitig Probewahlen auszufahren und auch alle übrigen behufs erfolgreicher Durchführung der Wahlen notwendigen Schritte einzuleiten.“ Bei der hierauf erfolgten Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Herr August Dimitz spricht über die galizische Frage, betont eine bis zur Cabinetsfrage zugespitzte Differenz zwischen den Anschauungen des Ministeriums und der Volksvertretung (?), beleuchtet in eingehender Weise die Action des Subcomité des Verfassungsausschusses, erörtert die dem Lande Galizien zu gewährenden Concessionen, betrachtet die finanziellen Punkte, und stellt schließlich den Antrag: „Der constitutionelle Verein möge in einer an beide Häuser des Reichsrathes schleunigst zu richtenden Petition die nachstehenden Bedingungen, unter welchen der Verein den Beschlüssen des Verfassungsausschusses, soweit sie uns bekannt sind, in Betreff der Concessionen an Galizien im allgemeinen zustimmen kann, zum Ausdruck bringen, und zwar: 1. Kein Ausgleich ohne gleichzeitige Erlassung des Gesetzes über directe Reichsrathswahlen mit der Ausdehnung auf Galizien. 2. Kein Ausgleich ohne vorherige, im Wege des galizischen Landtags mit Zweidrittel-Majorität zu beschließende Zustimmung der galizischen Bevölkerung. 3. In finanzieller Beziehung Festsetzung eines fixen, keiner Revision unterliegenden Pauschales zu den Kosten des Unterrichts- und der politischen Verwaltung Galiziens. 4. Der galizische Ausgleich darf nicht der Anfang von weiteren Ausgleichsexperimenten sein.“

Hierauf behandelt Herr Dr. Nühling dasselbe Thema; greift zur Genese der directen Reichsrathswahlen zurück, beleuchtet das Verhältniß der einzelnen Länder zum Reiche und die Competenz des Reichsrathes auf Grund des Gesetzes vom 21. December 1867, analysirt die galizischen Forderungen, verwahrt sich gegen jeden Ausgleich auf Reichskosten, bezeichnet die Ertheilung selbst der geringsten Sonderrechte an ein Einzelland als einen Angriff auf die Verfassung, und schließt mit folgendem Antrage: Der constitutionelle Verein wolle beschließen: „In der Ueberzeugung, Oesterreich könne nur auf Grund seiner ungeschmäleren Verfassung zu Kraft und Frieden im Innern gelangen, verwirft der constit. Verein jeden Ausgleich mit Galizien als verfassungswidrig, weil die verfassungsmäßige Competenz des Reichsrathes einseitig beschränkt.“

Ueber Dr. Alex. Suppans Antrag, den der Vorsitzende unterstützt, wird hierauf die weitere Debatte, da mehrere der vorgemerkten Redner zufällig am Erscheinen verhindert waren, und auch die Zeit bereits vorgeschritten sei, vertagt.

— (Wichtig für Volksschullehrer.) Ueber die Einführung des metrischen Maßes theilt die „Presse“ folgendes mit: „Das Unterrichtsministerium läßt gegenwärtig von einem Comité eine kleine Broschüre über das metrische Längen- und Hohlmaß und das metrische Gewicht ausarbeiten, welche nach ihrem Erscheinen unentgeltlich an die Volksschullehrer vertheilt werden wird. Das Schriftchen wird möglichst kurz und ganz populär abgefaßt sein. Das Ministerium wird ferner dafür sorgen, daß für Volksschullehrer Vorträge unter Vorweisung der verschiedenen Arten des neuen Maßes gehalten und daß diese höchst wirksamen, auf unmittelbare Anschauung gegründeten Belehrungen allen Lehrern kostenfrei zugänglich gemacht werden. In Bezug auf Gymnasien und Realschulen ergeben sich keinerlei Schwierigkeiten in Betreff des metrischen Maßes.“

— (Der Aushilfsbeamten-Kranken- und Unterstützungsverein) in Laibach hat durch seine Direction an die Gründer — Herrn Eduard Urbas, Simon Jaf, Engelbert Oschabnik in Laibach, Eugen Grobath in Raibach, und Franz Schmutz in Wippach — Dankschreiben gerichtet, worin die Aushilfsbeamten in Krain für die Gründung dieses humanen Vereines ihren Dank ausdrücken; 2. theilt mit, a) daß bereits viele Beitritts-erklärungen eingelaufen sind, b) daß die Diurnisten bei den k. k. Justizbehörden in Graz in ihrem eigenen und im Namen ihrer Genossen in Krain und Kärnten eine Petition um Aufbesserung ihrer materiellen Lage — beziehungsweise um Erhöhung des Diurnums von circa 40 fr. pr. Kopf und Tag — durch eine Deputation dem k. k. Justizministerium und dem h. Abgeordnetenhaus überreicht haben.

— (Schadenfeuer.) Am 20. d. ist — wie uns ein Correspondent aus Domžale mittheilt — in dem Wohnhause eines Wagners in Tersain, Bezirk Stein, Feuer ausgebrochen. Aus dem benachbarten Domžale war sogleich Hilfe am Brandplatze. Herr Johann Riedl eilte mit der neuen, vom Fabrikbesitzer Herrn F. Parak der Gemeinde Domžale gespendeten Feuerspritze sammt Bedienungsmannschaft sogleich auf den Brandplatz, und nach Verlauf einer Viertel Stunde war das Schadenfeuer gelöscht und



jede weitere Gefahr beseitigt. Die neue Spritze hat demnach ihre Feuerprobe gut bestanden. — Ein Correspondent aus Dorso meldet uns, daß am 16. d. Nachmittag um 4 Uhr im Orte Rib, Bezirk Egg, ein Feuer ausgebrochen ist und hiedurch die Wohn- und Wirtschaftsgebäude, 21 Stück Rindvieh u. a. ein Raub der Flammen wurden. Der Gesamtschaden soll 8000 fl. betragen, und nur einer der Beschädigten mit 500 fl. versichert sein.

— (Beim Concerte der Frau Paulmann) — 25. d. im Casino-Glaskalon — werden aus Gefälligkeit auch die Herren Traut und Puls mitwirken.

— (Einen Jux-Abend) wollen, wie wir hören, die Herren Schlesinger und Fleininger am Mittwoch, dem 27. d., im Casino-Glaskalon veranstalten. Es sollen picante Novitäten zur Ausführung kommen. Das Programm werden wir am künftigen Mittwoch mittheilen.

— (Theaterbericht.) Herr Schlesinger setzte gestern in „Madame Botiphar“ und „Schneider Fipps“ die Fachmuskeln des sehr gut besuchten Hauses in fortwährende Bewegung. Gestern kam die Devise „Heiter auch in ernster Zeit“ zur vollsten Geltung. Einige neue Coupletstrofen unseres ersten Helden auf dem Felde der Komik erregten enormen Beifall. Die Darsteller waren alle bei guter Laune, wurden beifällig gerufen. Die Declamation, „das Lied von der Glocke“, hätten wir in mehr gemessener und würdiger Weise gewünscht; Frau Leo sprach gut, Herr Nader minder gut; das sechste Bild wurde nicht dargestellt, wahrscheinlich in Folge des überstürzten Vortrages; Frau Leo und Herr Nader wurden am Schlusse beifällig gerufen. Der gestrige Abend war ein recht vernünftiger.

— (Slovenische Bühne.) Die slovenische Bühne bringt Montag den 25. d. M. die komische Oper „Der Dorfbarbier“ (Selski brivec) in 2 Acten von J. Schenk zur Aufführung und dürfte damit einen glücklichen Wurf gemacht haben, indem die Musik, obwohl älteren Styles, als eine klassische bekannt ist. Voraus geht das einactige Original-Lustspiel „Podlaga zakonske sreče“ von J. Alešove. Die letzte slovenische Vorstellung findet am Ostermontag statt.

— (Die von der Südbahngesellschaft) neugebaute directe Verbindung Marburg-Pettau, Curvet-Kranichfeld-Sternthal wurde gestern vorläufig dem Postenverkehre übergeben. Der directe Bahnbau Marburg-Pettau seitens der Marburger Concessionäre unterbleibt.

Eingefendet.

Am 1. April 1872

tritt der

Anstaltsbeamten = Kranken = Unterstützungsverein

in Wirksamkeit; der Zweck des Vereins ist:

Unterstützung erkrankter und schuldlos entlassener Schreib-Jubinduen, bei Todesfällen deren kostenfreie anständige Beerdigung

Die Unterstützungen beziern sich bei erkrankten Mitgliedern durch 8 Wochen auf 4 fl. wöchentlich, nach weiteren 8 Wochen auf die Hälfte und später auf ein Drittel. Bei schuldlos Entlassenen beträgt die Unterstützung 4 fl. wöchentlich, jedoch nur durch 3 Monate.

In Hinblick auf den humanitären Zweck dieses Vereins werden daher alle Anstaltsbeamten der k. k. und anderen Anstalten, sowie der Advocatur- und Notariatskanzleien, überhaupt alle Privatbeamten im Kronlande Krain zum zahlreichen Beitritte eingeladen, denn nur mit vereinten Kräften kann Ersprießliches gewirkt werden.

Beitritts-Erklärungen übernimmt sowohl der Vereinsdirector August J. A. L. bei der k. k. Grundentlastung, als auch der Vereinssecretär Anton Pengon, beim hierortigen hohen k. k. Landesgerichte.

Aufnahme-, respective Statuten-Bücheln, für welche 10 kr. zu entrichten sind, werden nach erklärtem Beitritte sogleich eingefendet werden.

Einzahlungen, welche mit 1. April 1872 erfolgen, übernimmt ebenfalls die Direction.

Laibach, am 14. März 1872.

Die vierte ordentliche Generalversammlung der Credit-Teilnehmer der Laibacher Gewerbebank

findet

Dienstag, den 26. März

Abends 6 Uhr im Bureau der Gewerbebank statt.

Tagesordnung:

1. Bericht der Direction bezüglich des Standes des Sicherstellungs- und Reservefonds der Credit-Inhaber, nach dem Jahresabschlusse 1871.
2. Bericht des Revisions-Ausschusses.
3. Bericht der Direction über die in der Generalversammlung der Actionäre am 5. März d. J. beschlossene Liquidation der Laibacher Gewerbebank.
4. Wahl von neun Mitgliedern der Credit-Inhaber, laut § 94 der Statuten.

Der Vorsitzende des Censur-Comité: Josef Pauer.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 22. März. Reichsrath. Der Gesetzentwurf betreffend die Besorgung des Religionsunterrichtes an Volks- und Mittelschulen wurde mit Rücksicht auf seine Wichtigkeit von der Tagesordnung abgesetzt. Morgen Sitzung.

Wien, 22. März. Die Compromißverhandlungen wurden vorläufig abgebrochen, nachdem eine Einigung über den Gesetzentwurf betreffs fünfjähriger Mandatsdauer unerreichbar war. Das Unterhaus nahm bei namentlicher Abstimmung den Titel des Wahlgesetzes an.

Wien, 22. März. Nach einer Meldung der „N. Fr. Pr.“ hätte sich das Handelsministerium für die Prediklinie entschieden.

Wien, 22. März. Soeben wurde die Gesetvorlage über eine Locomotiv-Eisenbahn von Tarvis über den Predil nach Görz bis Triest im Abgeordnetenhaus eingebracht.

Wien, 21. März. Die Compromiß-Verhandlungen dauern fort. Heute Abends finden in sämtlichen Parteiclubs Conferenzen statt. Die Chancen sollen dem Vernehmen nach heute günstiger stehen als gestern.

Rom, 21. März. Graf Armin hat dem Papste heute sein Abberufungsschreiben überreicht.

Constantinopel, 21. März. Die Reise des Sultans soll sich auf Berlin erstrecken. Ob auch St. Petersburg besucht werden soll, darüber wird noch im Ministerrathe debattirt. Der Sultan dürfte aber eher von Berlin über Wien zurückreisen.

Telegraphischer Wechselkurs

am 22. März

Spec. Metalliques 65. — Spec. National-Anlehen 70.10. — 1860er Staats-Anlehen 103.50 — Bank-Actien 837. — Credit-Actien 348.75. — London 110.35. — Silber 108.15. — 1. k. Mün. Ducaten 5.28. — Napoleon 88'or 8.78

Verstorbene.

Den 15. März. Katharina Kubeznil, Jambhnerwitwe, alt 64 Jahre, im Civilspital am Marasmsus. — Dem Georg Cernik, Tagelöhner, seine Tochter Maria, alt 20 Jahre, in der Gradischavorstadt Nr. 39 an der Lungentuberculose.

Den 16. März. Dem Nikolaus Jadrnik, Arbeiter, seine Gattin Barbara, alt 61 Jahre, auf Moorgründe Nr. 10 am Typhus. — Anton Pintar, Maurer, alt 54 Jahre, im Civilspital am Magentkrebs.

Den 17. März. Kajetan Dornik, Tagelöhnerkind, alt 15 Wochen, im Civilspital an Schwäche. — Dem Herrn Alois Karnehl, Photograph, sein Kind Nadalina, alt 3 Monate, in der Eisenauvorstadt Nr. 87 an Krämpfen. — Herr Josef Sočavar, k. k. Post-Official, alt 30 Jahre, in der Stadt Nr. 46, und Lorenz Jerič, Tagelöhner, alt 60 Jahre, im Civilspital, beide an der Lungentuberculose.

Den 18. März. Dem Herrn Victor Hofmann, Landesbuchhaltungsbeamter, sein Kind Eugen, alt 4 1/2 Jahre, in der Gradischavorstadt Nr. 44 an der Gehirnkränkung. — Die hochwohlgeborene Josefa Freiin v. Gussich, Private, alt 76 Jahre, in der Stadt Nr. 159, und Martin Gerdina, Jambhner, alt 66 Jahre, im Civilspital, beide an Altersschwäche.

Den 19. März. Johanna Bites, Werkführerwitwe, alt 46 Jahre, in der Stadt Nr. 241 an Asthma. — Dem Herrn Johann Perlo, k. k. Landesgerichtsrath, sein Herr Sohn Julian Ernst, Notariatscandidat, alt 31 Jahre, in der Stadt Nr. 171 an der Lungentuberculose. — Dem Johann Ravnobrib, Zimmermannsgehilfe, sein Kind Maria, alt 3 Jahre, im Elisabeth-Kinderspital in der Polanavorstadt Nr. 67 an der Brightischen Krankheit.

Den 20. März. Der hochwürdige Herr Pater Nemilian Strakelj, Franziskaner-Ordens-Priester, alt 69 Jahre, in der Kapuzinervorstadt Nr. 16, gähe am schweren Einschlage. — Katharina Pajar, Magd, alt 38 Jahre, im Civilspital am Gebärmutterkrebs.

Den 21. März. Anna Euf, Schloßersgattin, alt 62 Jahre, im Civilspital am Gebärmutterkrebs. — Vincenz Segebin, Arbeiter, alt 44 Jahre, im Civilspital an Apoplexie.

Angekommene Fremde.

Am 21. März

Elefant. Lengyel, Kanischa. — Hirschmann, Kaufm., Tschakathurn. — Grabel, Verwalter, Raunach. — Metel, Beamte, Klagenfurt. — Sigon, Planina. — Kaniz, Großhändler, und Molha, Wien. — Grady, Szpetenez de Nagy. — Stadt Wien. Snob, Sonneg. — Tabauer, Kaufm., Kanischa. — Krumm, Kemsch. — Br. Grutschreiber, Unterfrain. — Globocnik, Gewerksbesitzer, Eisern. — Mohren. Pirz, Fabricant, Krainburg. — Hothly, Bergbeamte, Trifail. — Fischer, Privat, Wien.

Theater.

Heute: Vorletzte Vorstellung. Zum Vortheile des Schauspielers Karl Hofbauer: Sein letztes Abenteuer, oder: Der Maskenball. Lustspiel in 5 Acten von Bauernfeld.

V pondeljek 25. marca: Podlaga zakonske sreče. Izvirna veseloigra v 1 dejanji, spisal J. Alešove. Selski brivec, komična opera v 2 dejanjih, po J. Schenk-u, poslovenil J. Zabuvec.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

März	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Windes	Niederschlag in Millimetern
22.	6 U. Mg.	729.62	+ 0.6	N.D. mäßig	Schnee	5.8
22.	2 „ N.	730.12	+ 2.0	N.D. mäßig	trübe	Schnee
10.	Ab.	731.43	+ 1.6	N.D. mäßig	trübe	Schnee

Nach 6 Uhr Morgens Schnee, bis Mittag anhaltend, trübe. Frische Schneedecke in der Ebene. Das Tagesmittel der Wärme + 1.4°, um 2.9° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Klieunobor.



Dankfagung.

Für die zahlreiche Theilnahme an dem Leichenbegängnisse meines geliebten und unvergesslichen Bruders

Johann Skola,

k. k. Steuereinnahmer,

sagt allen Freunden und Bekannten den wärmsten Dank

Cölestine Skola.

Rudolfswerth, am 18. März 1872.

Börsenbericht.

Wien, 21. März. Die Börse war unthätig. Der Schrankenverkehr in Anlagewerthen zeigte Festigkeit, nahmen Stagnation und Mattigkeit, Devisen fanden lebhaft Nachfrage zu steigendem Course.

der Coulfenverkehr in Speculationspapieren mit wenigen Aus-

A. Allgemeine Staatsanleihen.		
Für 100 fl.		
	Geld	Waare
Einheitliche Staatsanleihe zu 5 pCt.:		
in Noten verzinst. Mai-November	64.95	65.05
„ „ Februar-August	64.95	65.05
„ Silber „ Jänner-Juli	70.20	70.30
„ „ April-October	70.20	70.30
Lose v. J. 1839	311.50	313.00
„ 1854 (4 %) zu 250 fl.	94.50	95.00
„ 1860 zu 500 fl.	102.80	103.00
„ 1860 zu 100 fl.	122.00	123.00
„ 1864 zu 100 fl.	148.00	148.50
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. d. W. in Silber	119.50	120.00
B. Grundentlastungs-Obligationen.		
Für 100 fl.		
	Geld	Waare
Böhmen „ zu 5 pCt.	96.50	97.00
Galizien „ „	75.75	76.25
Nieder-Österreich „ „	94.75	95.50
Ober-Österreich „ „	93.00	94.00
Siebenbürgen „ „	78.00	78.50
Steiermark „ „	90.00	91.00
Ungarn „ „	81.25	81.75
C. Andere öffentliche Anleihen		
Donau-Regulirungslose zu 5 pCt.	97.50	98.00
U. g. Eisenbahnanleihen zu 120 fl.		
„ d. W. Silber 5% pr. Stück	108.50	109.75
U. g. Prämienanleihen zu 100 fl.		
„ 75 fl. Einzahl. pr. Stück	107.50	107.75

Wiener Communalanleihen, rückz. Geld Waare		
zahlbar 5 pCt. für 100 fl.		
	87.00	87.50
D. Actien von Bankinstituten.		
Geld Waare		
Anglo-Österr. Bank	320.50	321.00
Bankverein	341.00	343.00
Boden-Creditanstalt	275.00	280.00
Creditanstalt f. Handel u. Gew.	344.00	344.50
Creditanstalt, allgem. ungar.	166.00	166.50
Escompte-Gesellschaft, u. d.	958.00	962.00
Kranco-Österr. Bank	142.75	143.00
Generalbank	—	—
Handelsbank	243.00	243.50
Nationalbank	838.00	840.00
Unionbank	336.00	336.50
Bereinsbank	136.75	137.25
Verkehrsbank	209.00	209.50
E. Actien von Transportunternehmungen.		
Geld Waare		
Alfred-Hümann-Bahn	182.00	182.50
Böhm. Westbahn	—	—
Carl-Ludwig-Bahn	257.00	258.00
Donau-Dampfschiff. Gesellsch.	631.00	633.00
Elisabeth-Westbahn	246.00	247.00
Elisabeth-Westbahn (Lin. v. Bud-		
weiser Strasse)	211.00	212.00
Ferdinand-Nordbahn	231.50	232.00
Kaisertochter-Bahn	195.00	196.00

F. Pfandbriefe (für 100 fl.)		
Geld Waare		
Kraus-Josephs-Bahn	209.50	210.50
Leimbach-Carol. Kaiser-Bahn	171.00	172.00
Vienna, Österr.	457.00	459.00
Österr. Nordwestbahn	212.50	213.00
Rudolfs-Bahn	177.25	177.75
Siebenbürger Bahn	186.00	187.00
Staatsbahn	334.00	335.00
Südbahn	207.60	207.80
Süd-nordb. Verbind. Bahn	184.00	184.50
Teich-Bahn	285.00	286.00
Ungarische Nordostbahn	169.75	170.25
Ungarische Ostbahn	152.50	153.00
Tramway	266.00	267.00
G. Prioritätsobligationen.		
Geld Waare		
Allg. öst. Boden-Credit-Anstalt	104.50	105.00
verlosbar zu 5 pCt. in Silber	84.25	89.50
„ in 33 J. rückz. zu 5 pCt. in d. W.	91.70	91.90
Nationalb. zu 5 pCt. d. W.	91.70	91.90
Ing. Bod.-Cred.-Anst. zu 5 1/2 pCt.	91.00	91.25

H. Privatlose (per Stück).		
Geld Waare		
Creditanstalt f. Handel u. Gew.		
zu 100 fl. d. W.	189.00	189.50
Rudolf-Stiftung zu 10 fl.	15.00	15.50
I. Wechsel (3 Mon.) Geld Waare		
Angsburg für 100 fl. südb. W.	92.60	92.70
Kraus-Josephs-Bahn 100 fl. detto	92.80	93.10
Hamburg, für 100 Mark Banco	81.80	82.00
London, für 10 Pfund Sterling	110.25	110.40
Boris, für 100 Francs	43.30	43.40
J. Course der Geldsorten		
Geld Waare		
K. Münz-Ducaten	5 fl. 28 kr.	5 fl. 30 kr.
Napoleon's-or	8 „ 78 „	8 „ 78 1/2 „
Preuß. Cassenscheine	1 „ 64 1/2 „	1 „ 65 „
Silber	108 „	108 „ 25 „
Krainische Grundentlastungs-Obligationen, Pri-		
entlastungslos	85.75	86.00